

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Frau Vincianne Grundschober
Nachrichtendienst des Bundes
Papiermühlestrasse 20
3014 Bern

Bern, 03. August 2022 / JG

Änderung des Nachrichtendienstgesetzes Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die Welt befindet sich im Wandel: Kriege, Konflikte und Unsicherheiten im Allgemeinen nehmen zu. Der Trend zur Unsicherheit hat auch die Schweiz erfasst: Von den Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine über einen Anstieg des gewaltbereiten Extremismus bis hin zur latenten Gefahr von terroristischen Anschlägen. Es ist unabdingbar, dass der Nachrichtendienst als erste Verteidigungslinie der Schweiz und antizipatives Instrument des Bundes und der Kantone mit der nötigen rechtlichen Grundlage ausgestattet wird, um seine Aufgaben effektiv wahrnehmen zu können. Dementsprechend unterstützt FDP.Die Liberalen den vorgelegten Entwurf.

Übersicht

Der vorlegte Entwurf enthält ein neues Konzept betreffend der nachrichtendienstlichen Datenhaltung. Diese Neuerung wird durch das Inkrafttreten des revidierten Datenschutzgesetzes (revDSG) sowie neuen technologischen Entwicklungen im Umgang mit Daten notwendig. Des Weiteren werden zusätzliche Massnahmen zur Früherkennung und Verhinderung von Gewaltextremismus, eine genehmigungspflichtige Massnahme zur Aufklärung der Finanzierung von schweren Bedrohungen der Sicherheit der Schweiz sowie Anpassungen formeller Natur zur Implementierung vorgeschlagen.

Gewaltextremismus

Die Gewaltbereitschaft bei links- und rechtsextremen, aber auch monothematischen Gruppierungen nimmt ständig zu und kann auch terroristische Ausmasse annehmen (bspw. Halle in Deutschland). Momentan ist es dem Nachrichtendienst nicht erlaubt, genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen im Bereich des Gewaltextremismus zur Informationsgewinnung einzusetzen. Aufgrund dieser Gesetzeslücke kann der NDB seiner Aufgabe der präventiven Gefahrenabwehr nicht nachkommen und die Möglichkeit besteht, dass die Schweiz zu einem Rückzugsort für besagte Gruppen verkommt und der Schutz der Bevölkerung nicht optimal gewährleistet werden kann. Die FDP ist erfreut, dass das Problem erkannt wurde und die Beschränkung der Anwendung von genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen (Art. 27) im Bereich Gewaltextremismus aufgehoben wird.

Genehmigungsverfahren

Der NDB ist in seiner operativen Arbeit immer wieder mit Situationen konfrontiert, in welchen schnelle Entscheide gefällt werden müssen. Die FDP unterstützt den dargelegten Genehmigungsprozess betreffend die Beantragung einer Beschaffungsmassnahme (Art. 29) sowie dessen zugrundeliegenden Entscheidungsprozess (Art. 29a) und begrüsst insbesondere, dass bei der Umsetzung der genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen neuerdings eine Dringlichkeitsregelung (Art. 37, Abs. 3-6) Einzug gefunden hat, die den Gegebenheiten der nachrichtendienstlichen Arbeit Rechnung trägt.

Daten

Kernstück der Vorlage ist die Beschaffung, der Umgang sowie die Aufbewahrung von Daten (ab Art. 44). In einem demokratischen Rechtsstaat erfolgt beim Umgang mit Daten im nachrichtendienstlichen Umfeld eine Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit. Es ist die Ansicht der FDP, dass die Brücke zwischen den beiden wertvollen Gütern im vorlegten Entwurf zufriedenstellend geschlagen wurde.

Organisierte Kriminalität

In der Schweiz befindet sich die organisierte Kriminalität seit Jahren auf dem Vormarsch. Aus Sicht der FDP ist es enttäuschend, dass bei der Änderung der NDG nicht die Möglichkeit ergriffen wurde, dem Nachrichtendienst im Bereich der organisierten Kriminalität mehr Handlungsspielräume zu gewähren. Hier muss dringend nachgebessert werden, denn die Infiltration der Gesellschaft und der Institutionen durch kriminelle Strukturen ist ein Risiko für den Rechtsstaat, dem klar zu entgegnen gilt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Der Präsident

Der Generalsekretär

Thierry Burkart
Ständerat

Jon Fanzun